

Die wichtigsten energiepolitischen Aspekte des Koalitionsvertrags

1	Klimaschutz	3
2	Emissionshandel	5
3	Energiepolitik	7
4	Energiepreise	9
5	Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung	11
6	Netze	13
7	Flexibilisierung	15
8	Finanzierung und Sanierung des KTF	17
9	Erneuerbare Energien	19





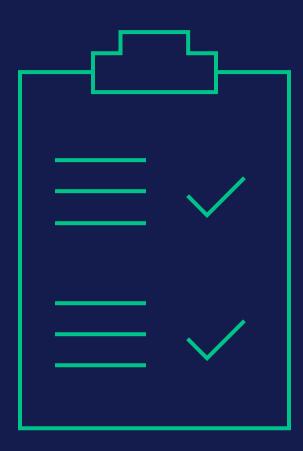


Bekenntnisse zu den EU-Klimaschutzzielen unter bestimmten Bedingungen

"[wir] verfolgen das Ziel der Klimaneutralität 2045 in Deutschland mit einem Ansatz, der Klimaschutz, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und soziale Ausgewogenheit zusammenbringt und auf Innovationen setzt"

- Bekenntnis zu den deutschen und europäischen Klimazielen und Verpflichtung zur Klimaneutralität bis 2045 (Stichwort: Pariser Klimaabkommen)
- Erreichen der Klimaziele durch CO₂-Reduktionen in Deutschland, Anrechnung negativer Emissionen und "glaubwürdiger" CO₂-Minderungen in EU-Drittländern
- Unterstützung des EU-Klimaziels für 2040 (90% Einsparung gegenüber 1980) mit der Maßgabe, dass
 - ✓ Deutschland nicht mehr reduzieren muss, als im deutschen Klimaschutzgesetz vorgesehen ist (88%)
 - √ die Anrechnung negativer Emissionen ermöglicht wird
 - ✓ CO₂-Reduzierung durch "hochqualifizierte, zertifizierte und permanente Projekte" in EU-Drittländern angerechnet werden können (max. 3% des 2040er-Ziels)
- Kein Klimageld (bereits im Rahmen der Koalitionsverhandlungen ausgeschlossen)









Europäischer Emissionshandel – Vermeidung von Preissprüngen

"Der European Green Deal und der Clean Industrial Act müssen weiterentwickelt werden, um Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz zusammenzubringen"

- Unterstützung des EU-Emissionshandelssystems (EU EHS) und Gewinnung weiterer Länder für die CO₂-Bepreisung
- Unterstützung des EU ETS 2" (Emissionshandel für Gebäude und Verkehr ab 2027) und dabei Gewährleistung eines fließenden Übergangs vom nationalen BEHG zum EU EHS 2 im Jahr 2027
- Kein "Opt-in" für Sektor Landwirtschaft in EU EHS 2
- Einsatz neuer "Instrumente", um CO₂-Preissprünge für Verbraucher und Unternehmen zu vermeiden, u.a. durch Nutzung des Europäischen Klimasozialfonds:
 - ✓ Entlastungen und Förderungen beim Wohnen und bei der Mobilität
 - ✓ Unbürokratische Kompensation von im Wettbewerb stark betroffenen Wirtschaftsbranchen









Energiepolitische Ausrichtung der Koalition



"...transparent, planbar und pragmatisch."

- Industrie und Verbraucher sollen stärker eingebunden werden
 - Stichworte: Entbürokratisierung, Mieterstrom, Bürgerenergie, Energy-Sharing
- Nutzung aller Potentiale Erneuerbarer Energien
 - Solar- und Windenergie, Bioenergie, Geothermie, Wasserkraft sowie aus diesen hergestellte Moleküle
 - > Stärkung innovativer Technologien (Abwasserwärme, Wärmerückgewinnung, Flugwindkraft/Höhenwindenergie)
- Monitoring (bis Sommerpause 2025) zur Evaluierung des Strombedarfs, des Stands der Versorgungssicherheit, des Netzausbaus, des Ausbaus Erneuerbarer Energien, der Digitalisierung und des Hochlaufs von Wasserstoff
 - "konsequente Ausrichtung" auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit
- Kosteneffizienz (i) Ausbau Erneuerbarer Energien, (ii) Kraftwerksstrategie, (iii) systemdienlicher Netz- und Speicherausbau, (iv) mehr Flexibilitäten und (v) effizienten Netzbetrieb
- Dauerhaft niedrige und planbare, international wettbewerbsfähige Energiekosten







Entlastung bei den Energiepreisen

"Wir wollen Unternehmen und Verbraucher in Deutschland dauerhaft um mindestens fünf Cent [...] entlasten"

- Entlastung bei den Energiepreisen durch
 - Senkung der Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß
 - Reduzierung der Umlagen und Netzentgelte und dauerhafte Deckelung der Netzentgelte
- Verlängerung der Strompreiskompensation (SPK) und Erweiterung auf andere Branchen, insbesondere auf Rechenzentren
- Einführung eines Industriestrompreises für energieintensive Unternehmen (im beihilferechtlich zulässigen Bereich)
- Fortführung der Entlastung energieintensiver Verbraucher ohne Flexibilisierungspotential
- Abschaffung der Gasspeicherumlage
- Ermöglichung "langfristiger, diversifizierter, günstiger Gaslieferverträge mit internationalen Gasanbietern"









Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

"Entscheidend für den Erfolg der Energiewende sind Entbürokratisierung sowie schnellere und bessere Planungs- und Genehmigungsverfahren."

- Fortsetzung des Bund-Länder-Prozesses zur Umsetzung des Pakts für Planungs-, Umsetzung- und Genehmigungsbeschleunigung
- Umsetzung der RED III (enthält umfassende Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Bereich Erneuerbarer Energien)
- Prüfung der Einrichtung von Expertenpools, der Ausweitung der Zustimmungsfiktion und des erweiterten Bestandsschutzes für Ersatzeinrichtungen
- Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien durch Planungserleichterung

Hinweis: Die Forderung der Union, bei Energiewendeprojekten künftig auf den naturschutzrechtlichen Ausgleich zu verzichten und die Klagerecht von Verbänden einzuschränken oder abzuschaffen, wurde *nicht* übernommen







Netze – Freileitungen sollen kommen

"Der Ausbau und die Modernisierung der Netze werden kosteneffizient vorangebracht und mit dem Erneuerbaren-Ausbau synchronisiert"

- Regelmäßiges Monitoring des Netzausbaus, um sicherzustellen, dass sich alle Maßnahmen am realistischen Bedarf orientieren und aufeinander abgestimmt sind
- Beschleunigung des Rollout von Smart Metern
- Union hat durgesetzt, dass die neu zu planenden Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetze (HGÜ-Netze), wo möglich, als Freileitungen umgesetzt werden (SPD wollte Vorrang für Erdkabel erhalten)
- Bundesregierung setzt sich für den Erhalt der einheitlichen deutschen Stromgebotszone ein

Hinweis: Die EU-Kommission prüft weiter, ob und wie unter anderem der deutsche Strommarkt in mehrere Gebotszonen aufgeteilt werden soll.









Flexibilisierung und "Systemdienlichkeit"

"Hemmnisse bei der Flexibilisierung des Stromsystems müssen abgebaut werden, um die flexible Nutzung von Erneuerbaren Energien sektorübergreifend zu verbessern."

- Ausbau systemdienlicher Speicherkapazitäten und systemdienliche Nutzung von E-Autos und Heimspeichern
 - ➤ Folge: Weitere Regulierung zu erwarten (z. B. Systemdienstleistungspflicht für Speicher)?
- Setzen von Anreizen für die Ansiedelung großer Abnehmer, wie etwa Speicher und große EE-Erzeuger, sofern "es dem Netz nützt"
- Anerkennung von Energiespeichern als im überragenden öffentlichen Interesse und Privilegierung von Energiespeichern im Zusammenhang mit privilegierten Erneuerbaren Energien Erzeugungsanlagen
- Mehrfachbelastungen durch Steuern, Abgaben und Entgelten sollen "so weit wie möglich" abgeschafft werden









Koalition will Haushaltsdisziplin

"Kleinstprogramme mit perspektivisch weniger als 50 Millionen Euro Fördervolumen [werden wir] auslaufen lassen"

- Sanierung des Klimatransformationsfonds (KTF): Streichung einzelner Programme und Eigenmittel
 - ➤ Derzeit finanziert sich der KTF aus eigenen Einnahmen aus dem europäischen und nationalen Emissionshandel; diese Einnahmen sollen künftig an Verbraucher und Wirtschaft zurückgegeben werden (durch Entlastung beim Strompreis und Förderung von Investitionen in Klimaneutralität)
 - ➤ KTF sollen jährlich 10 Milliarden Euro zugewiesen werden: Durch die massive Kürzung werden künftig voraussichtlich kleine Förderprogramme auslaufen.
- Auflegung eines Investitionsfonds für Energieinfrastruktur im Zusammenspiel von öffentlichen Garantien und privatem Kapital
 - > "...klare Ziele und Investitionsfelder definieren, eine Erfolgskontrolle verknüpfen und wo möglich privates Kapital hebeln"









Was sagt der Koalitionsvertrag zu den einzelnen Erneuerbaren Energien Sektoren?



Solar

- Systemdienlichkeit von Solarenergie in Verbindung mit Speichern
- Digitalisierung und Standardisierung von Anmeldeverfahren
- Flächenschonung und Erleichterung von Doppelnutzung

Wind

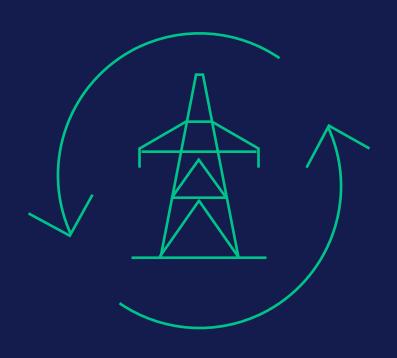
- Zwischenziele des Windflächenbedarfsgesetzes für 2027(1,4%) bleiben unberührt
- Evaluierung der bisherigen Flächenziele für 2032 (2%)
- Prüfung der Synchronisation von Windkraftund Netzausbau (z.B. Ausweisung befristeter Engpassgebiete)

Bioenergie

- Zentrale Rolle von Bioenergie bei Wärme, Verkehr und steuerbarer Stromerzeugung
- Konsequente Hebung des Flexibilisierungspotentials
- Bessere Nutzung von Rohstoffen

Wasser

 Hebung bestehender Potentiale bei kleinen und großen Wasserkraft- und Pumpspeicherkaftwerken



Was sagt der Koalitionsvertrag zu den einzelnen Erneuerbaren Energien Sektoren?



Kraftwerksstrategie

- Verbesserung des Geothermie-Beschleunigungsgesetzes
- Einführung geeigneter Instrumente für die Absicherung des Fündigkeitsrisikos und Absicherung von Schadensfällen
- Gemeinsamer Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Fälle

- Technologieoffene Ausschreibungen und verlässliche Rahmenbedingungen
- Bau von bis zu 20 GW an Gaswerksleistung bis 2030 an bestehenden Kraftwerksstandorten
- Kapazitätsmechanismus und Einsatz von Reservekraftwerken zur Stabilisierung der Strompreise

CCU/CCS

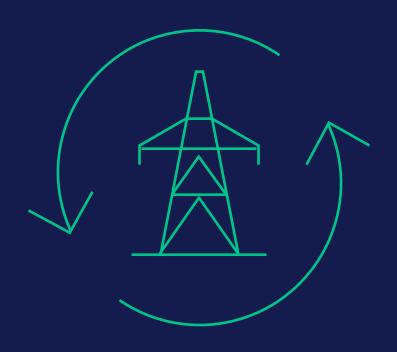
Geothermie

- Gesetzespaket zur Ermöglichung von Abscheidung, Transport, Nutzung und Speicherung von CO₂
- Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses
- Bilaterale Abkommen mit Nachbarländern
- Auch Direct Air Capture als mögliche Zukunftstechnologie

Wasserstoff

- Nutzung verschiedener Quellen für klimafreundlichen Wasserstoff
- Zurückführung von Überregulierung
- Ausbau der Inlandsinfrastruktur für Importe von Wasserstoff
- Anbindung der industriellen Zentren an das Wasserstoffkernnetz





Was sagt der Koalitionsvertrag zu den einzelnen Erneuerbaren Energien Sektoren?

Kohleausstieg

- Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis (spätestens) 2038
- Der Zeitplan des Ausstiegs muss sich am Hochlauf der steuerbaren Gaskraftwerke richten

Kraft-Wärme-Kopplung

- Konsequente und langfristige Nutzung der Potentiale der KWK
- Anpassung des KWKG noch im Jahr 2025 bzgl. klimaneutraler Wärmeversorgung, Flexibilitäten und Kapazitätsmechanismus

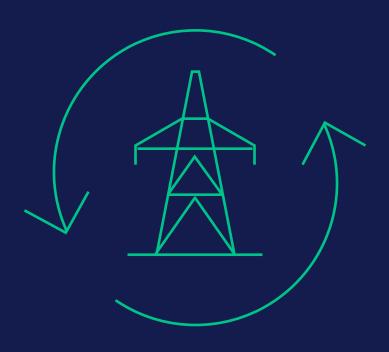
Energieeffizienz

- Stärkung durch steuerliche Anreize und Marktsignale
- Novellierung und Vereinfachung des EnEfG und EDL-G
- Diskriminierungsfreie Nutzung unvermeidbarer Abwärme und Erleichterung deren Einspeisung in das Fernwärmenetz

Wärme

- Abschaffung des "Heizungsgesetzes": Meint wohl Rücknahme der Vorgabe, dass neue Heizungen zu 65% mit EE betrieben werden müssen
- Reform des GEG: "technologieoffener, flexibler und einfacher"; Im Zentrum soll die tatsächlich erreichbare CO₂-Vermeidung stehen





Speaker



Carsten Bartholl



Partner, Hamburg +49 40 36803-108 C.Bartholl@taylorwessing.com



Dr. Markus Böhme, LL.M.



Partner, Düsseldorf +49 211 8387-430 M.Boehme@taylorwessing.com

